

von
Haris Zuan

Der Autor ist
freier Schriftstel-
ler und politi-
scher Aktivist in
Penang.

Übersetzung aus
dem Englischen
von Gabriele
Fürstenberg

Malaysias Weg zu einer multi-ethnischen Gesellschaft

Vor einiger Zeit gab es in Malaysia den Aufruf eines Ministers an die HändlerInnen im Land, entsprechend des Rückgangs der Ölpreise doch auch den Preis ihrer Waren zu senken. Er fiel allerdings sehr unangenehm auf durch seinen rassistischen Ton, da er die malaiische Bevölkerung des Landes explizit dazu aufforderte, dafür chinesische Unternehmen zu boykottieren. Ismail Sabri Yaakob, Minister für Land- und Agrarwirtschaft, schrieb in einem Facebook-Posting, den malaiischen VerbraucherInnen käme eine wichtige Rolle dabei zu, die Regierung in ihrem Kampf gegen Profiteure zu unterstützen, indem sie ihre kollektive Kraft nutzten, um den Preis der Waren zu senken, sprich: Vorerst nicht mehr bei und von ihren sino-malaysischen Landsleuten zu kaufen, bis diese ihre Waren preiswerter anböten.

Noch befremdlicher jedoch war, dass Premierminister Najib Razak das rassistische Statement seines Ministers verteidigte: Der Beitrag des Ministers sei nur eine Aufforderung an alle Unternehmen gewesen, den Preis ihrer Waren zu senken, er habe dabei keine spezifische Ethnie angesprochen. Najib warf den KritikerInnen vor, unnötig Lärm um diese Angelegenheit zu machen, dabei müsse doch »auf jegliche Auseinandersetzung verzichtet werden, die zu einer ethnischen Polarisierung im Land führen könnte, da diese nur Nachteile für alle bringen würde.«

Diese kleine Anekdote ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein eigentlich rein ökonomisches Thema mit rassistischen Ansichten vermischt werden kann. Der Fall ist keine Ausnahme, sondern vielmehr Ausdruck der sozioökonomischen Politik, die in Malaysia seit langem praktiziert wird.

Wirtschaftswachstum durch neue Wirtschaftspolitik

Die Prozesse der Modernisierung, Industrialisierung und Urbanisierung, die in Malaysia in den letzten Jahrzehnten stattfanden, insbesondere nachdem 1971 die sog. *Neue Wirtschaftspolitik* (*New Economic Policy*, NEP) eingeführt worden war, haben die sozioökonomische Struktur des Landes grundsätzlich verändert und in der Folge auch seine Gesellschaft. Die NEP war 1971 als Reaktion auf die Rassenun-

ruhen vom 13. Mai 1969 verabschiedet worden, deren Hauptmotiv das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, insbesondere zwischen MalaiInnen und ChinesInnen, war. Die resultierenden Transformationen erfolgten in einer Zeit rapider Industrialisierung, die Wirtschaftswachstum und Wohlstand des Landes vorantrieben und es dadurch den Status eines Schwellenlandes (*Newly Industrialising Country*, NIC) erreichen ließen. Die knapp 20 Jahre (1971–1990) währende *Neue Wirtschaftspolitik* hatte zwei Hauptziele, nämlich die Beseitigung der Armut sowie ein Umdenken bzw. eine Umstrukturierung innerhalb der Gesellschaft, um die Verquickung von ethnischer Zugehörigkeit mit ökonomischen Funktionen zu beseitigen, wie sie sich in der wirtschaftlichen Benachteiligung und der daraus resultierenden hohen Armutsrate der malaiischen gegenüber der chinesisch-stämmigen Bevölkerung Malaysias manifestierte.

Obwohl es eine teilweise sehr umstrittene Politik protektionistischer Maßnahmen war, verhalf die *Neue Wirtschaftspolitik* dazu, den wirtschaftlichen wie auch den gesellschaftlichen Status insbesondere des malaiischen Teils der Bevölkerung, aber auch der Gesellschaft insgesamt, zu verbessern. Das wichtigste positive Ergebnis der NEP ist, dass durch sie viele Menschen aus der Armut gerettet werden konnten. So konnte der Anteil derer, die unter extremer Armut leiden – d. h., die mit weniger als der Hälfte des Geldes auskommen müssen, das als Armutsgrenze definiert wird – bis 1990 auf vier Prozent der Gesamtzahl der malaysischen Haushalte reduziert werden. Im Jahr 2008 lag die Zahl der extrem Armen bei 1,8 Prozent. Leider scheiterte jedoch die *Neue Wirtschaftspolitik* damit, auch den vielen Nicht-Bumiputeras¹ zu helfen, die es ebenfalls verdient hätten, von den Fördermaßnahmen zu profitieren. Vor allem die indischen MalaysierInnen in den ländlichen Landesteilen sind eine der Hauptgruppen, die noch bis heute in Armut leben. Die Daten zu den Ergebnissen der *Neuen Wirtschaftspolitik* zeigen, dass der Anteil von Nicht-Bumiputeras an der Vermögensverteilung bis 1990 zwar auf insgesamt 46,8 Prozent angestiegen war, davon entfielen jedoch 44,9 Prozent auf die Sino-MalaysierInnen und nur 1 Prozent auf die Indo-MalaysierInnen sowie 0,7 Prozent auf sonstige ethnische Bevölkerungsgruppen.²

Soziale Unzufriedenheit wird ethnisch bedingt formuliert

Trotzdem sind bislang keine nennenswerten Klassenkonflikte, zum Beispiel zwischen Reichen und Armen, aufgetreten. Einer der Gründe dafür ist vermutlich, dass ethnische Ideologie und ethnisches Bewusstsein noch immer dominant sind und als hemmende Faktoren bei der Entwicklung von Klassenideologie und -bewusstsein fungieren. So wird sehr oft Unzufriedenheit, die eigentlich ein Problem sozialer und/oder wirtschaftlicher Klasse ist, als ethnisch bedingt formuliert. Ein Beispiel hierfür sind die HINDRAF-Demonstrationen (*Hindu Rights Action Force*) in Kuala Lumpur gegen Ende 2007, in denen starke ethnische Stimmungen und Ansichten zum Ausdruck gebracht wurden, die vordergründig pro-indisch und anti-malaisch zu sein schienen. Tatsächlich lag ihnen jedoch die Unzufriedenheit der indisch-stämmigen Bevölkerung mit der Politik der herrschenden Klasse zugrunde, die sie mit den MalaiInnen gleichsetzte. Der Großteil der indo-malaysischen Gemeinschaft fühlte sich absolut vernachlässigt, insbesondere in wirtschaftlicher und bildungspolitischer Hinsicht. Vielen Menschen im Land war klar, dass die Ursachen dafür bei der Regierung und deren Politik lag. Trotzdem – oder wohl gerade deshalb – werden sie von etlichen prominenten Regierungsmitgliedern nach wie vor irreführend und falsch des ›Kommunismus‹³ beschuldigt.

Ein weiteres Beispiel ist Tony Pua's Vorschlag, die Zahl der BeamtenInnen in Malaysia zu reduzieren. Tony Pua, seit 2008 Mitglied des Parlamentes für die DAP, *Democratic Action Party/Parti Tindakan Demokratik* (eine säkulare, sozialdemokratische Partei mit überwiegend sino-malaysischen Mitgliedern bzw. Wählerschaft) hatte dies damit begründet, dass er den staatlichen Verwaltungssektor bei weniger Kosten effizienter gestalten wolle. Sein Vorschlag wurde jedoch von der Regierungspartei als verfassungswidrig abgeschmettert, wobei sie damit bei der malaischen Rechten Stimmen zu gewinnen erhoffte – von 28 Millionen MalaysierInnen sind etwa 1,2 Millionen Staatsbedienstete, 80 Prozent von ihnen sind MalaiInnen.

Auf der anderen Seite treten viele MalaysierInnen, Nicht-MalaiInnen vor allem, immer wieder in die Rassenfalle, wenn sie Kritik an der Effizienz und Transparenz der malaysischen StaatsbeamtenInnen üben. Für sie sind die teilweise ineffizienten und korrupten Praktiken einer Reihe der BeamtenInnen geradezu charakteristisch für malaische Werte und Eigenschaften, und so gibt es eine Menge rassistisch konnotierter negativer Wahrnehmungen gegenüber



Multiethnische
Gesellschaft
Foto:
Genia Findeisen

den ethnischen MalaiInnen, wie zum Beispiel, dass sie faul, inkompetent und selbstgefällig seien. Natürlich erzeugt dies Spannungen zwischen den malaischen und den chinesischen MalaysierInnen.

Malaysia ist heute nur noch knapp fünf Jahre von 2020 und damit dem Endziel der *Vision 2020* (*Wawasan 2020*) entfernt, also dem Zeitpunkt, an dem es nach dem Konzept des früheren Premierministers Mahathir Mohamad zu einem voll industrialisierten und hoch entwickelten Land geworden sein soll. Aber das Land steckt noch immer fest im Griff der ›Neun Herausforderungen‹ – den zielführenden Kriterien von *Vision 2020* (= die Entwicklung zu einer geeinten und sich als demokratisch verstehenden malaysischen Nation mit einer mündigen, liberalen und toleranten Gesellschaft und einer prosperierenden, sozial gerechten Ökonomie) – und damit letztlich noch immer mitten in der Schaffung einer geeinten malaysischen Nation, mit all ihren Konsequenzen und Implikationen. Entsprechend dieser Zielsetzung sollte Malaysia nicht alleine bekannt sein als das, wie es vom malaysischen Tourismusbüro gesehen und vermarktet wird, nämlich als eine multi-kulturelle Gesellschaft, vielmehr sollte es sich bis 2020 konsequent zu einer multi-ethnischen Gesellschaft entwickelt haben.

Anmerkungen

1. Bumiput(e)ra: die ethnischen MalaiInnen
2. Die Formel für diese Berechnung ist umstritten.
3. Die Solidarität gehört nur der eigenen – religiösen und/oder ethnischen – Gemeinschaft.